

„Einmalig schlechter Haushalt“

Trotz Erfolg mit eigenen Anträgen will die BBB-Fraktion neuen Etat ablehnen

Bruchköbel (pm/thb). Die Hoffnung, dass der Magistrat noch Vorschläge zur Verringerung des Defizits einbringen würde, hat sich nach Ansicht des Bruchköbeler Bürgerbundes (BBB) in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses „leider nicht erfüllt“. Fast unverändert betrage das Defizit über fünf Millionen Euro. Dies führe dazu, dass der BBB dem Haushalt nicht zustimmen könne, heißt es in einer Pressemitteilung der Fraktion.

„Von den Forderungen zu radikalen Einsparungen in der Haushaltsrede des Bürgermeisters ist nichts, aber auch gar nichts zu sehen. Der nun vorliegende Haushalt sieht sogar eine Personalaufstockung in der Verwaltung vor“, schreibt der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Man dürfe nun gespannt auf die nächste Stadtverordnetenversammlung sein, ob dieser „in der

Geschichte Bruchköbels einmalig schlechter Haushalt“ eine Mehrheit finden werde. BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold weist darauf hin, dass es sich bei den Defizitbeträgen nicht nur um Verschuldungsprobleme handele, sondern um den „Verbrauch von Mitteln, denen keine Einnahmen gegenüberstünden“, und damit um ein „Leben von der Substanz“.

Aber es gebe auch Positives zu vermelden. Die Forderung des BBB zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Oberissigheim wurde auch von der CDU und SPD aufgenommen. So fand sich eine breite Mehrheit für den notwendigen Kauf eines Fahrzeuges und den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses. Dagegen äußerte der BBB Bedenken, gegen einen Antrag zur gemeinsamen finanziellen Verwaltung aller Feuerwehren Bruchköbels durch einen

runden Tisch. Der BBB Antrag für eine kurzfristige behindertengerechte Herstellung der Geh- und Überwege habe aber bei den anderen Parteien kein Gehör gefunden. Aufgrund einer Nachfrage von Johannes Haas versprach Stadtrat Ringel aber die Verbesserung im Inneren Ring direkt am Zugang des Zebrastreifens zum Rewe-Markt noch in diesem Jahr.

Auf Unverständnis stößt dagegen beim BBB die Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus, verbunden mit Kosten in Höhe von 300 000 Euro. „In der jetzigen finanziellen Situation der Stadt kann diese Forderung von Bürgermeister Maibach sowie der CDU und SPD nicht nachvollzogen werden. Hier geht es wohl nur um die Einlösung eines Wahlversprechens des Bürgermeisters gegenüber der SPD“, stellt Joachim Rechholz fest.